

Der Halle vierteljährlich 2.50 M., bei
fortwährender Bestellung 2.75 M., durch
die Post 3.25 M., unächst Anstellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter 'Saale-Zeitung' eingetragen.
Für unterjährl. eingehende Manuskripte
kann keine Gewähr übernommen werden.
Redaktion nur mit Quittungsbillets:
'Saale-Bl.' gefaltet.
Fernsprecher der Redaktion Nr. 2532;
Telegraphische Nr. 176; Nebengeschäftsstelle
(Markt 14) Nr. 2265.

werden die Spaltenzeit oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von untern Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditionen an-
genommen. Bestellen die Seite 75 Pfg.
Ersteinst. wöchentlich 1/2 Pfennig;
Sonntags und Montags einmal,
sonst pro mal 1/2 Pfennig.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, G. Braubachstraße 17;
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Nr. 44.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 27. Januar

1906.

Politische Wochenschau.

Die Parlamente haben in der letzten Woche eifrig ge-
arbeitet. Der Reichstag befaßte sich an einem Schwern-
tag wieder einmal mit der Diätenfrage. Die lex
Compech wurde in dritter Beratung definitiv angenommen.
Es verläutet, daß die Reichsregierung nun endlich in der
Diätenfrage Entgegenkommen beweisen werde. Man unter-
scheidet sich ferner über den Toleranzantrag des Zentrums, den
der Abg. Wadern selbst als „fogenannten“ Toleranzantrag
bezeichnet. Damit hat er den Entwurf treffend charakterisiert.
Da die Aussicht auf Annahme des Antrags durch die Abgänger
aus den Kreisen der Konservativen sich bedeutend verringert
hat, wurde eine Abmilderung nicht herbeigeführt. Der elab-
orirte Reichsparlamentarier Wametal verlangte ein ein-
heitliches Reichsverordnungsrecht. In der Tat muß erst ein
Reichsverordnungsrecht geschaffen werden, ehe man dazu über-
gehen kann, die Rechte der kirchlichen Vereinigungen reichs-
gesetzlich zu präzisieren. Der Reichstag überwiegt den
Gesetzentwurf, der eine Garantie für den Gehalt von
Qualia nach der Managubergern fordert, an die
Unterschiedskommission, die ihn gestern annahm. Derselben
Kommission wurde auch die Vorberatung der Militär-
pensionsgesetze übertragen. Infolge der Faltung der
Regierung in der Duellfrage betätigte sich das Zentrum
nicht an der Beratung der Militärpensionsgesetze
in erster Lesung und suchte damit der Regierung einen
Beweis seiner Mäßigkeit zu geben. Auch die Befan-
nung des Reichstagspräsidenten Grafen Wallstrem, daß der
Reichstag eine offizielle Mitteilung des Todes des Freiherrn
v. Hildhofen nicht erhalten habe, gab von der in den
Kreisen der Abgeordneten herrschenden Vermutung gegen
den Bundesrat Kenntnis. In erster und zweiter Instanz
wurden die Entwürfe zur Änderung des Gesetzes über
die Statistik des Warenverkehrs des deutschen Zollgebietes
nach dem Ausland und über die Wertbestimmung der Ein-
fuhrzölle im Zollverehr angenommen. Der Gesetzentwurf
über die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 Mark
auf eine Kommission von 14, derjenige über den Ver-
sicherungsvortrag und die Minderung des Handelsgebuhrs
im Seeverehr an eine Kommission von 21 Mitgliedern.
Gegenüberstand an eine 21gliedrige und derjenige über
das Urheberrecht an eine 14gliedrige Kommission verwiesen.
Die Interpellation Erbel über die Rechte der polnischen
begn. katholischen Seeboten fiel nach den Erklärungen des
Kriegsministeriums v. Gienm in sich zusammen. Dem Hause ist
von der deutsch-österreichischen Handelsvertrag zugegangen. Aus
den Kommissionsarbeiten verdient hervorzuheben zu werden,
daß die Steuerminister nach Ablehnung der Regierungsvor-
schläge die Brauseurolage in der Zentrumssitzung in
erster Lesung annahm.

Auch im Landtage kamen einige Interpellationen zum
Ausdruck. Eine Interpellation Hoeren im Abgeordnetenhaus
betraf die Kontrolle der katholischen Geistlichen. Auch hier hatte
die Regierung leichte Arbeit, um die Bedenken der Interpellanten
zu zerstreuen. Volksthändiges Plakato machte die Interpellation
des Grafen Fink von Finkenstein im Herrenhaus, worin
die hochbedeutende Gesellschaft die Sozialdemokratie eine
neue Ausnahme-gesetzgebung in Anregung brachte. Fürst
Wilow wies dieses Ansuchen indes zurück und betonte, daß
die Staatsgewalt stark genug sei, alle staats- und gefell-
schaftsfeindlichen Bestrebungen im Zaume zu halten. Das
Abgeordnetenhaus wies den Entwurf zur Änderung des
Titel VII des Allgemeinen Verordnungs (Knappschußelwesen)
an eine Kommission von 21 Mitgliedern und begann die
zweite Lesung des Staatshaushalts mit der Beratung des
Landwirtschaftssetzels, wobei sich eine Fleischdebatte ent-
spann. Die Anfringung des Herrn von Kobbielski, daß
er im Bundesrat anregen wolle, das Fleisch der einjährigen
Kinder, sowie gering tuberkulöses Rindfleisch und außerdem
Fleisch von Schweinen, die an der Schweinepest erkrankt
waren, für den Verkehr als vollwertig frei zu geben, zeigt,
zu welchen bedeutenden Mitteln die Regierung greifen will,
um der Fleischnot zu steuern. Hoffentlich wird das Reichs-
gesundheitsamt diesen Wünschen kein Veto entgegenstellen.
Einige Abgeordnete verlangten wieder einmal eine Ver-
schränkung des Weingesetzes. Sie sollen doch erst einmal
abwarten, ob nicht bereits der neue Zolltarif einen ge-
nügenden Schutz für die kleinen Winzer bringt. Das
Herrenhaus wies den Gesetzentwurf über die Anlegung von
Spargelbänken in Zubehörpapieren an eine 14gliedrige
Kommission und nahm den Regierungsentwurf über die
Verfälschung zum höheren Verwaltungsdienst in Kommission-
fassung an. Ob das Abgeordnetenhaus sich nicht zu ein-
schneidenderen Forderungen des letzteren Entwurfs ver-
stehen wird, ist noch recht ungewiß; es wäre jedenfalls
zu wünschen, daß das Haus verträge sich damit bis zum
März.

Die großen sozialdemokratischen Wahlrechts-
versammlungen am vorigen Sonntag gingen in Preußen
in völliger Ruhe vor sich. Die Hoffnungen der Reaktionsäre,
daß sich die Sozialdemokraten Ausbreitungen zuzudecken
kommen lassen würden, haben sich nicht erfüllt. Vielmehr
zeigte sich, wie sehr der demonstrierende Arbeitergeist das
Verwahrheitung, Gesetz und Recht unbedingt zu achten, in Fleisch
und Blut übergegangen ist. Leider sind anlässlich der
Demonstrationen mande Symptome der Nervosität auf
seiten der Staatsbehörden zu verzeichnen. Auch die Unruhs-
kampagne in Sachsen dauert noch fort. Den überaus
schweren Verhaftungen in Dresden sind nun solche in Plauen

gefolgt. Man muß bedauern, daß hierdurch erneute Er-
bitterung in die Massen hineingetragen wird. In Hamburg
führte die wieder aufgenommene Beratung der Wahlrechts-
vorlage abermals zur Vertagung. Es ist alle Aussicht vor-
handen, daß der reaktionäre Gesetzentwurf zum Scheitern
gebracht wird.

Das offizielle Berlin feierte in diesen Tagen eine Reihe
von Hoffestlichkeiten. So fanden die große diplomatische
Defileecour und das Krönungs- und Drebnese-
fest statt. Die Kaiserin wurden ca. 50 Orden weniger verliehen als
das vorige Jahr. Der Nachfolger des Herrn v. Nischkoffen
ist bereits gefunden. Der preussische Gesandte in Rom, Herr
von Tschirsich und Wögenhoff ist wurde zum
Staatssekretär des Auswärtigen ernannt. Er war früher
Fürst Herbert Bismarcks Mitarbeiter während dessen Staats-
sekretariatszeit. In eine schwere Krankheit fiel der Groß-
herzog von Luxemburg, der eine Wiederholung seines
vor einigen Jahren erlittenen Schlaganfalls erlitt. Man
sprach auch von Anpflanzung mit schlechter Pflanze als Er-
krankungsurache, doch soll dieser Grund unsinnig sein.
Nicht genügend geklärt ist die Erbfolgerfrage in Luxemburg.
Nach dem jetzt geltenden Erbrecht ist dort weibliche Nach-
folgerschaft ausgeschlossen. Nach übereinstimmenden neueren
Mitteilungen aus Luxemburg scheint man indes überein-
gekommen zu sein, dieselbe gleichwohl in Funktion treten zu
lassen. Wenigstens werden die verstorbenen Blätter, daß
die jetzige Großherzogin im Falle des Todes ihres Gatten
die Regentenschaft für ihre älteste Tochter übernehmen werde.
Als die nächsten Agnaten gelten der Prinz Max von Baden,
und der Erbprinz Friedrich von Wied. Doch sind beide nur
recht entfernt mit der regierenden Linie in Luxemburg ver-
wandt, sodas es keineswegs ausgeschlossen erscheint, daß das
alte luxemburgische Hausrecht in dieser Erbfolgerfrage, falls
alle Agnaten zustimmen, eine Modifikation erlährt. Durch
die legitime günstiger lautenden Mitteilungen über das Be-
finden des Großherzogs scheint die Thronfolgefrage erstre-
ckerweise wieder hinausgeschoben zu sein.

In Südafrika ist es den Bemühungen des
Obersten Dame noch nicht gelungen, der Führer des Auf-
standes Dorenga und Cornelius habhaft zu werden. Die
Hinterwälder hat nachgelassen, so daß die Transvaalverhält-
nisse sich zu bessern anfangen. In Deutsch-Südwestafrika
finden eine Reihe von Geschehnissen statt. Noch verläutet auch
Südafrika an ein Verbot der Auswanderung des Aufstandes.
Südafrika an ein Verbot der Auswanderung des Aufstandes.
Südafrika an ein Verbot der Auswanderung des Aufstandes.
Südafrika an ein Verbot der Auswanderung des Aufstandes.

Eine Konferenz zur Reform der Mädchen-schulwesen
tagte in Berlin und befaßte sich mit der Begründung von Mädchen-
instituten und -oberrechen mit zehn- bzw. vierjährigem Kursus.
Die Reform strebt völlige Gleichsetzung und Gleich-
berechtigung des Anabens- und Mädchen-schulbildungswesens
an. Aus der Schulstadt Halle und aus der
freisinnigen Fraktion des Abgeordnetenhauses waren Persön-
lichkeiten zu der Konferenz nicht hinzugezogen. Gegen die
Schulstadt Halle und aus der freisinnigen Fraktion des Abgeordnetenhauses
waren Persönlichkeiten zu der Konferenz nicht hinzugezogen.
Gegen die Schulstadt Halle und aus der freisinnigen Fraktion
des Abgeordnetenhauses waren Persönlichkeiten zu der Konferenz
nicht hinzugezogen. Gegen die Schulstadt Halle und aus der
freisinnigen Fraktion des Abgeordnetenhauses waren Persönlich-
keiten zu der Konferenz nicht hinzugezogen. Gegen die Schulstadt
Halle und aus der freisinnigen Fraktion des Abgeordnetenhauses
waren Persönlichkeiten zu der Konferenz nicht hinzugezogen.

Nach der Niederlegung des Mandats des Abgeordneten
Sartorius in Kaiserlautern wird dort eine Neuwahl
erforderlich, die für die liberale Linke unter sehr schwierigen
Umständen erfolgt. Es wird voraussichtlich nicht möglich
sein, das Mandat dem Freisinn beim. Dem Liberalismus zu
erhalten.

Die Marokko-Konferenz nahm in sechzehn Artikeln
die Bestimmungen über den Waffen-smuggel einstimmig an
und eruchte sodann den Sultan von Marokko um Auf-
stimmung. Sie wandte sich darauf der Behandlung der
Steuerfrage zu. In Frankreich hat außer dem Senator
Clemenceau und außer Jaurès nun auch der ehemalige
Ministerminister de Casselan anerkannt, daß es unweidlich
ist, die Polizeigewalt in Marokko in französische Hände
zu legen; der gleichen Ansicht haben noch Mawjan und
der sozialistisch-radikale Wlass Ausdrück gegeben. Das
marokkanische Problem wird also aller Voraussicht nach in
einer für die deutsche Diplomatie sowie auch für Frankreichs
Politik ehrenvollen Weise seine friedliche Lösung finden.

König Alfonso von Spanien, der in Varrig und
San Sebastian ein Wiederleben mit dem zum Katholizismus
übergetretenen Prinzessin Ena von Battenberg feiert, hat
sich entschlossen, beim Könige von England um die Hand der
Prinzessin anhalten zu lassen. Ob Kaiser Wilhelm an die
hochzeitliche Feierlichkeiten im April teilnehmen wird, steht noch dahin.
Frankreich, dessen Deputiertenkammer sich mit Eifer der
Veränderung der Arbeiterpensionsgesetzgebung widmet, be-
findet sich in einem Konflikt mit dem Präsidenten Castro von
Benezuela, und hat zur Wiederdung der Häfen vier Kriegs-
schiffe entsandt. Hoffentlich wird der Konflikt nicht zu einer
Gefährdung der Interessen der venezolanischen Staats-
gläubiger führen. Der Wahlkampf in England

brachte dem Liberalismus weitere glänzende Erfolge. Die
Liberale gewannen bis jetzt 174 Stimmen und erlangen
bei einer vorläufigen Gesamtsatzung von 342 Abgeordneten
eine Majorität von 80 Stimmen über alle übrigen
Parteien. In Oesterreich ist das Projekt des
Ministers Gausch, eine Parlamentarisierung seines Kabinetts
vorzubereiten, gescheitert. Er wollte den Deutschen
den Landmannschaftsminister Derkotta und den Tschechen
den Landmannschaftsminister Krack bemitteln. Doch
verlangten die Tschechen gleichzeitig die Gewehrung einer
tschechischen Unversität in Prag, worauf Gausch nicht
eingehen konnte. Gauschs Plan zur Reformierung des
Ceteranens ist ebenfalls gescheitert. Gleichwohl will er
seine Wahlrechtspolitik fortsetzen. Infolge der Faltung
der Lage in Oesterreich rührt sich die Opposition in Un-
gar, um wieder Führung mit der Krone zu erlangen. Gestern
wählte Graf Andrássy als Vermittler beim Kaiser in
Wien. Ein Jahr lang hat die acute Krise nachgerade ge-
dauert. Die serbisch-bulgarische Zollunion zeigt
das Bestreben der Balkanstaaten, sich der österreichischen
Vorherrschaft zu entziehen. Ungeachtet der österreichischen
Drohungen will Serbien es auf einen Zollkrieg ankommen
lassen. Mit der Türkei haben die kleineren Balkanstaaten
gleichfalls wirtschaftspolitische Differenzen bevor. Das
Montenegro und Rumänien in die Wirren mit hinein-
gezogen würden, wurde von offizieller Seite geleugnet.
Der Ausbruch der wirtschaftlichen Fäden auf dem Balkan
verlei, wie recht wir hatten, als wir nach Beendigung der
großen asiatischen Krise eine neue Wera von Ver-
widelungen auf dem Balkan voraussagten. Italiens
Einkündigung ist es auszudeuten, daß auch auf Kreta die
Hube nicht wieder eingelehrt ist. Es bleibt zu beachten, daß
König Eduard von England für dieses Jahr seinen
Besuch der olympischen Spiele angekündigt hat. Die Feste,
deren Jollerhöhungspolit und deren macedonische Finanz-
ordnung noch nicht Englands Zustimmung gefunden hat,
ließ ihre neuen Waffenlieferungsverträge mit Grewot, nicht
mit Krupp, zum Abschluß bringen. Es heißt indes, daß
Krupp mit Grewot in eine Interessengemeinschaft eingegangen
ist, um das beide Firmen die Waffenlieferungen gleichmäßig
auszuführen hätten.
Ein unangenehmes Nachspiel zur Antiherraffäre ist,
daß Brasilien seine Waffenbestellungen nicht der deutschen,
sondern der englischen Industrie übermittelt hat. Eine
furchtbare Katastrophe raffte in den letzten Tagen das
brasilianische Panzerkreuz „Aquidaban“ dahin, wobei ab-
sehbare Admirale, Offiziere und Mannschaften ihr Grab in
den Fluten fanden. Kaiser Wilhelm sandte, ebenso wie
andere Staatsoberhäupter, eine Beileidsbeweise nach Rio
de Janeiro. Die Explosion soll durch Kurzschluß einer
elektrischen Leitung entstanden sein. Mit den Vereinigten
Staaten dürfte ein Zollkrieg immer wahrcheinlicher
für uns werden. Die Handelsvertragsverhandlungen gelten
als gescheitert. Präsident Roosevelt beabsichtigt dem Kongress
eine begünstigende Vorlage zu übermitteln. Die in dieser
Reformkommission wurde von dem Präsidenten in
Washington empfangen. China wird in nicht allzulanger
Zeit in den Kreis der Weltmächte eintreten. Ob die ameri-
kanischen Verkaufsleiden bezüglich der Philippinen, für
die sich Japan interessieren soll, mehr sind als unkontrollier-
bare Gerüchte, muß die Zeit lehren. Die Kosten des
philippinischen Abenteuers sind jedenfalls derart gestiegen,
daß sie selbst für den Jingoismus sich recht teuer stellen. In
Rusland ging der alte Revolutionstrübe diese Woche
einem weiter wie die vorige. Daß im Anblich an den
japanischen Anstos die atlantisch-ozeanische Welt zum
Leben erwacht, zeigt sich auch daran, daß nun Verrien
auf Geheiß des Schah in Verfassungszustand werden soll.
Er beruft als Parlament ein „Gaus der Gerechtigkeit“ und
hat damit den richtigen Namen für das getroffen, was der
Welt am meisten fehlt: Gerechtigkeit nämlich im wirtschaft-
lichen, politischen und sozialen Leben. Möge sie immer
mehr sich in Wirklichkeit umsetzen. F. W.

Deutsches Reich.

Gesetz- und Personalnachrichten.

Der bei im Berliner Schloße am Dienstag flatterhabenden
Vorstellung der demnachst aus dem Abenteurerfeld in die Arme
überretenden Kadetten hielt der Kaiser die übliche all-
gemeine Anrede, in der diesmal auch, der „Fitz. Bl.“ zufolge,
betontes darauf hingewiesen wurde, daß sie — ob sie sich im
Friede befinden oder im Streifenkampf — überall gleichmäßig
die Pflicht zu erfüllen. Ferner wies der Kaiser auf eine mögliche
Veränderung hin und betonte, daß Preußen sich großartig
habe. Er verlangte Einfachheit und kein Spektakel. Schließlich
wies er den Kaiser eindringlich vor dem Eifer, daß die Kamerad-
schaft unterzogen und in moralischer Hinsicht veredelbar wolle.

Wie die „Offen. Bl.“ meldet, ist entgegen sich fürst Wuno
zu Dienburgs Vordringen in Bildungen vertrieben.

Der „Reichs-Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des
Generals v. Tschirsich und Wögenhoff zum Staats-
sekretär des Auswärtigen Amtes unter Verleihung des Warrantes
als Reichs-Geheimer Rat mit dem Prädikat Excellenz.
Tschirsich wurde gleichzeitig mit der Ausbreitung des
Reichsangebots im Bereiche des Auswärtigen Amtes betraut.

Der Thomas Barclay, der bekannte englische Wirt-
schaftsphilosoph und eifriger Förderer einer Annäherung zwischen
Deutschland und England, weilt seit gestern in Dessau am
Bluche seines Schwagers, des Prof. Dr. Ober. Gestern abend
sah den Gaste zu Ehren im Vaporspottel ein Essen im engeren
Kreise statt.

Kaiser Wilhelms Geburtstag.
König Friedrich August von Sachsen begab sich gestern
nach Berlin. In Begleitung des Königs befindet sich der Prinz

Der beiden höchsten Reglementer zum Abgeben...
Ausgleichung. Der Reichsanwalt...
Kunst und Wissenschaft.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Verhörung eines Rechtsanwalts. Reichsanwalt...
Die Post. Wie aus Berlin...
Legte Nachrichten und Telegramme.

Personenstand und auf die Begehung...
König, 27. Jan. Die Kaiserin...
Kriegs-, 27. Jan. Das Abgeordnetenkollegium...

